

Dossier 6 für Medien und Multiplikatoren

Offene Ganztagschule in Köln

Anspruch, Wirklichkeit und Perspektiven

Überreicht durch:



Text und Dokumentation:
Frank Möller / Dr. Joachim Weiner

Offene Ganztagsschule in Köln

Anspruch, Wirklichkeit und Perspektiven

In der Offenen Ganztagsschule in Köln werden Schülerinnen und Schülern an Grund- und Förderschulen Angebote aus den Bereichen Betreuung, Förderung und Freizeit offeriert. Die Teilnahme ist freiwillig, aber für ein Schuljahr verbindlich. Der Offene Ganztagsbetrieb setzt aber personelle und räumliche Angebote voraus, die vielerorts gar nicht vorhanden sind und angesichts der Unterfinanzierung des Bildungssektors auch geringe Chancen auf Verwirklichung haben.

Wie soll die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit des „Offenen Ganztags“ in absehbarer Zeit geschlossen werden? Geht das überhaupt oder haben wir uns von dem Gedanken, dass Schule ein attraktiver Lern- und Lebensraum sein sollte, aus Kostengründen nicht längst verabschiedet? Wie stellt sich die Situation in Köln dar.

„Köln kann auch anders“ (K²A²) dokumentiert im Folgenden eine Diskussion, die am 17. Oktober 2011 im Domforum stattfand und von K²A², dem Katholischen Bildungswerk und der Gesellschaft für interdisziplinäre Praxis ausgerichtet wurde.

Der Text der Dokumentation wurde gegenüber dem gesprochenen Wort der Veranstaltung an einigen Stellen gekürzt und sprachlich geglättet. Uns besonders signifikant erscheinende Passagen wurden unterstrichen.

Frank Möller:

Beim letzten „Stadtgespräch“ im Juni hatten wir die Gebäudewirtschaft und den Umgang der Stadt Köln mit ihren öffentlichen Gebäuden“ zum Thema gemacht. Seitdem hat sich einiges getan. In der vergangenen Woche hat der Stadtrat auf Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine umfassende Evaluation eben jener Gebäudewirtschaft beschlossen. Die Bürgerplattform „Köln kann auch anders“ (K²A²) hatte zuvor eine ausführliche Expertise zu den Defiziten der Gebäudewirtschaft vorgelegt. Deren Gedanken Eingang in diesen Ratsantrag gefunden hatten. Manchmal hilft es ja doch, wenn man qualifizierte Anstöße von außen gibt. Der Hinweis sei noch erlaubt, dass sowohl das Dossier zur Gebäudewirtschaft von K²A², als auch das Protokoll der Juni-Veranstaltung und der Ratsantrag zur Evaluation auf der Homepage von K²A² abrufbar sind.

Die Beschäftigung mit der Gebäudewirtschaft hat uns im Vorbereitungskreis der Stadtgespräche auch zum heutigen Thema geführt. An vielen Schulen bestand und besteht bekanntlich große Unzufriedenheit in Punkto Gebäudezustand und räumlicher Ausstattung; diese Schulen haben oft das generelle Problem, die Lücke zwischen dem Anspruch, den eine Gesellschaft an sie stellt und dem, was ihnen die Gesellschaft – über ihre politischen Gremien und Verwaltungen – zur Einlösung dieses Anspruchs an Mitteln mit auf den Weg gibt, zu schließen. Dieses Problem stellt sich auch und in besonderer Weise bei der Einrichtung und pädagogischen Alltagspraxis von Offenen Ganztagsschulen. Wir werden uns deshalb heute – als Teilsegment des Schulsektors – mit dem Anspruch, mit der derzeitigen Wirklichkeit und den möglichen Perspektiven der Offenen Ganztagsschulen in Köln beschäftigen. Dabei werden wir natürlich nicht nur bauliche Voraussetzungen und Ausstattungsprobleme ansprechen. Es wird auch um Konzepte und um Fragen der alltäglichen Umsetzung in Praxis gehen. Diskutieren möchten wir das mit:

- **Dr. Agnes Klein**, Leiterin des Dez. für Bildung, Jugend und Sport d. Stadt Köln
- **Ulrike Heuer**, Leiterin des Schulverwaltungsamtes der Stadt Köln
- **Martin van Neerven**, seit 2011 Leiter der Konrad Adenauer Realschule, Köln (Innenstadt, Frankstraße, nahe dem Zülpicher Platz)
- **Kezban Tursun**, Kulturvermittlerin mit großer Praxiserfahrung und Elternvertreterin

Und weil das Thema sehr facettenreich ist, werden wir mit einer kurzen Einführung beginnen.

Dr. Joachim Weiner:

Wir möchten das Thema Offener Ganzttag heute etwas umfassender behandeln, weil der Ganzttag absehbar das Feld sein wird, auf dem und mit dem die Schulentwicklung vorangetrieben wird. Dabei gibt es heute zahlreiche Mischformen, die Probleme sind aber mehr oder weniger in all diesen Formen gleich oder ähnlich. Meine These ist, dass der Ganzttag der einzige Hebel war, um überhaupt noch eine Schulreform in dieser bildungspolitisch völlig zersplitterten Bundesrepublik in die Gänge zu bekommen. Verbunden natürlich mit dem Problem, dass im Hintergrund die alten Konfliktlinien weiter gefahren werden, was den Umsetzungsprozess deutlich erschwert. Wir sollten vielleicht damit beginnen, uns über die Leitziele zu verständigen, die den Ganztagskonzepten zu Grunde liegen. Ich habe da mal nach einer Definition gesucht, was die genauen Ziele des Ganztags sind. Die habe ich dem Rahmenplan „Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011“ [http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/jugendhilfebericht_2011.pdf] entnommen. Ich greife daraus einige Stichworte auf. Demnach ist Ziel des Ganztags einerseits die Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, dann auch die Nutzung von Bildungschancen durch ergänzende Angebote sowohl von der Schule als auch von der Jugendhilfe in der Schule; Ziel ist die Vision einer immer besser gelingenden Integration und Verzahnung von Erziehung und Betreuung durch die Jugendhilfe mit dem Unterrichts- und Erziehungsauftrag der Schule. Das ist ein hochkomplexes und sehr anspruchsvolles Programm, und ich würde daher die erste Frage gerne an Frau Dr. Klein richten: Inwieweit ist dieses Programm in Köln auf den Weg gebracht? Wo stehen wir derzeit?

Dr. Agnes Klein:

Ich fange zunächst mal mit dem Grundschulbereich beim Offenen Ganzttag an. Wo stehen wir da? Wir haben derzeit eine Betreuungsquote von 67 %, d. h., die Gesamtheit der Grundschulplätze, die wir haben, sind zu 67 % Ganztagsplätze. Als wir vor fünf Jahren anfangen, wurde noch ganz offen gesagt, 25 % müsste bedarfsgerecht sein. Wir haben also jetzt zum Schuljahr 2011/2012 eine Quote von 67 %, das sind 22.800 Plätze. Und dahinter steht sogar noch ein größerer Bedarf.

Wir fragen die Schulen jährlich ab, wie viel Plätze sie noch zusätzlich anbieten könnten, und das bedeutet immer die Einschränkung: im Rahmen der bestehenden Räumlichkeiten. Was die Räumlichkeiten im Grundschulbereich anbelangt, da haben wir ein Problem. Dann melden uns die Schulen die Plätze, die sie noch zusätzlich brauchen. Sie müssen Eltern auch absagen, weil sie feststellen, im Rahmen unserer vorhandenen Räume können wir nicht noch eine größere Gruppe oder eine zusätzliche Gruppe einrichten. Man kann also sagen, diese 67 % erfüllen den abgefragten Bedarf, aber wir wissen ganz genau, dass dahinter noch ein höherer Bedarf im Grundschulbereich steht.

Wir hatten damals ein Investitionsprogramm in Höhe von 80 Mio. €, die an den Grundschulen verbaut worden sind. Wir werden aber an der einen oder anderen Stelle auch noch nachlegen

müssen, z. B. im Bereich der Mensen; man kann nicht in vier Schichten essen, irgendwann ist da die Kapazität der Schule auch erschöpft. Es sind riesige Finanzpakete, die da jährlich bewegt werden. Jährlich fließen in den Offenen Ganztags in Köln 45 Mio. €. Davon kommen 22,4 Mio. vom Land und – das gibt es nicht in jeder Stadt – die Stadt Köln hat ihren pflichtigen Anteil, das wären 9 Mio., mit 13 Mio. noch einmal mehr als verdoppelt. Die Stadt Köln leistet also freiwillig für die Qualität des Offenen Ganztags erheblich mehr als sie müsste, und mit jedem Platz, der mehr eingerichtet wird, steigt dann auch der pflichtige und der freiwillige Anteil der Kommune.

Ich will gar nicht leugnen, dass wir viele Probleme haben, auch in baulicher Hinsicht, aber man muss eben auch sehen, dass die Stadt Köln hier massiv in das Thema Schule und Bildung investiert, in baulicher und in pädagogischer Hinsicht.

Weiterführender Schulbereich: Allen war ja klar, wenn wir so ein ausgeweitetes Ganztagsangebot in Grundschulen haben, dann werden die Eltern zu Recht fragen: Wo ist denn mein Ganztagsplatz im weiterführenden Schulbereich. Deshalb haben wir auch an allen weiterführenden Schulen Kölns – die Gesamtschulen haben ohnehin Ganztags – also an Realschulen, Gymnasien, an den zwei Gemeinschaftsschulen, die wir neu eröffnet haben, den Ganztags. Wenn wir alle Schulen im weiterführenden Schulbereich nehmen, dann liegen wir auch etwa bei 65 %, aber auch da wissen alle, dass das nicht reicht.

Und im Gebundenen Ganztags ist es ja so, dass die zusätzlichen Lehrerstellen vom Land kommen. Wir haben seinerzeit sehr viele Schulen angemeldet, weshalb wir auch auf diese hohen Zahlen gekommen sind. Und – was ein Riesenproblem ist – alle Schulen waren ja auf den Halbtags eingerichtet; und es gilt immer noch: Mensasituation, Küchensituation, zusätzliche Klassenräume, Aufenthaltsräume an den weiterführenden Schulen einzurichten. Und ich fand es damals sehr beeindruckend, wie der Rat eine Vorlage beschlossen hat, die Grünes Licht gab für bauliche Investitionen in die weiterführenden Schulen – also ich hatte eine solche Vorlage zuvor noch nie unterschrieben – in Höhe von 280 Mio. €. Und das war im Rat eine Entscheidung, die nur eine Minute gedauert hat. Allen war klar, dass in die Systeme investiert werden muss.

Noch zum Thema Bauen: Für alle Baumaßnahmen liegen inzwischen Planungsbeschlüsse vor, aber auf dem Weg zum Bau gibt es noch so manchen Stolperstein, denn zum Teil ist es Bauen im Denkmalschutz, zum Teil im Bestand; es laufen dahinter Wettbewerbsverfahren, es sind ja regelhaft mehrere Millionen, die pro Schule verbaut werden. Und wir haben natürlich an vielen Schulen auch das Problem, dass es schwierig ist, den Ganztagsbetrieb zu fahren und gleichzeitig auch die Baumaßnahmen zu haben. Das Problem ist, dass wir in Köln und in Deutschland insgesamt viele, viele Jahre 1) in die Schulen nicht investiert haben, und dass wir 2) sehr viel Zeit damit verbracht haben, zu diskutieren, ob man den Ganztags überhaupt braucht, obwohl das in ganz Europa selbstverständlich ist. Wir haben jetzt die Situation, dass wir im Zeitraffer mehrere Entwicklungen nachholen müssen: Einmal die Investition in die Bildungseinrichtungen und zum zweiten den Ganztags einzuführen. Das führt natürlich an den Schulen an vielen Stellen zu Problemen.

Dr. Joachim Weiner:

Das waren beeindruckende Zahlen, die Sie vorgelegt haben, die auch niemand bestreiten wird. Die Umstellung auf Ganztags bedeutet aber natürlich mehr als nur bauliche Maßnahmen zu ergreifen, neue Räume zu schaffen. Es wird dazu auch ein verändertes pädagogisches Konzept in allen Schulen gebraucht. Dieser Umbruch ist viel schwieriger zu bewerkstelligen, als eine neue Schule zu bauen. Ein wesentliches Merkmal des Offenen Ganztags ist dabei die Zusammenarbeit mit außerschulischen Trägern, die vor allem nachmittags Betreuung gewährleisten und Lernangebote machen, die auch dazu dienen sollen, jenen, die als Bildungsbenachteiligte oder als unter schwierigen Bedingungen Gekennzeichnete aufwachsen, bessere Bildungschancen zu verschaffen. Diese Verknüpfung ist besonders schwierig, weil hier Part-

ner aufeinander getroffen sind, die bis dato gar nicht zusammengearbeitet haben. Wie hat sich dieser Übergang bisher gestaltet, und wo stehen wir heute in dieser Zusammenarbeit, in diesem Prozess, wo sich Schulen und freie Träger auf ein gemeinsames Konzept verständigen müssen? Frau Heuer, wo gibt es da Erfolge und wo liegen die Schwierigkeiten?

Ulrike Heuer:

Ich möchte zunächst auf den Beginn der Diskussion um die OGTS-Entwicklung kommen. Es wurde damals ja von vielen als Sparpaket gegenüber den Horten sehr in Frage gestellt. Ich habe diese Diskussion damals mitgestalten können, und für mich war von Anfang an das reizvolle an der OGTS, dass – wie Sie es auch sagten – hier Schule und andere Professionen, die ich auch relativ weit fassen würde, zusammenkommen sollten. Das war aus meiner Sicht, und ich war zu dem Zeitpunkt selber Schulleiterin eines Gymnasiums hier in Köln, das Attraktive. Viele Schulen hatten auf freiwilliger Basis da schon Erfahrungen gemacht – es gab Zusammenarbeiten mit Offenen Türen, mit Theaterpädagogischen Zentren – und aus dieser Zusammenarbeit hatte es auch viel Zuspruch gegeben. Ich habe heute den Eindruck, dass sich bei den Grundschulen in dieser Hinsicht auch weiter sehr viel getan hat. Es gibt aber leider auch Fälle einer völligen Trennung. Ich war eine Zeitlang mit der Qualitätsanalyse beschäftigt. Da gehörten sowohl der Offener Ganztage wie auch die Lehrerinnen und Lehrer mit dazu, und dann hörte man so Sätze im Lehrerkollegium wie „Das dürfen Sie mich jetzt nicht fragen, das ist am Nachmittag“. Oder umgekehrt auch, dass die Betreuerinnen und Betreuer des Nachmittags zu berichten wussten, dass sie leider keinen Kontakt hätten. Da gilt es – und das ist etwas, was Köln durch die Schulsozialarbeiter stark forciert – beide Systeme zusammenzubringen. Man muss es auch verpflichtend machen. Schulsozialarbeiter und Vertreter des Offenen Ganztags gehören auch in die Lehrerkonferenzen, in die Schulkonferenzen, in die Zeugnis-Konferenzen, weil sie einen anderen Blick auf Kinder und Jugendliche mitbringen, der Lehrerinnen und Lehrer auch sehr stark bereichern kann. Aber – Sie sagten es schon – viele Lehrer sind es nicht gewöhnt. Oder – wie ich es jetzt von der anderen Seite aus noch in Verlautbarungen der Jugendhilfe gelesen habe: „Die Jugendhilfe muss das ausbügeln, was morgens die Schule kaputt macht.“

Was Sie eingangs auch sagten: Ganztage hat Schulreformen sehr befördert; ich glaube, was das noch mehr macht, ist das Thema Inklusion. Ganztage und Inklusion wird an den Schulen einen Veränderungsbedarf hervorrufen, der das, was man theoretisch viele Jahre diskutiert hat, auch verwirklichen wird, weil es dazu auch keine Alternative gibt.

Ihre Frage war auch: Was tut die Stadt? Wir haben bei uns auch Qualitätszirkel im Amt, wo Freie Träger, die Lehrerinnen und Lehrer und auch die Verwaltung zusammen sitzen, um zu schauen, wo klappt etwas besonders gut, was sind die Bedingungen dafür, wie kann man es auf andere Schulen übertragen, so dass man da auch wieder über Fachberater versucht, an die Schulaufsicht gute Ideen weiter zu tragen.

Frank Möller:

Herr van Neerven, das hört sich doch alles ganz gut an: Schulsozialarbeiter, Unterstützung durch die Jugendhilfe, „Wir sind noch nicht ganz so weit, aber auf einem guten Weg“. Wie stellt sich das denn an Ihrer Schule dar. Inwieweit werden dort vorhandene Probleme, durch die städtischerseits ergriffenen Maßnahmen gelöst?

Martin van Neerven:

Ich darf voranschicken, dass die Konrad Adenauer Realschule im Jahr 2008 zu einer Ganztage-schule wurde. Das Kollegium hat das sehr begrüßt und auch aktiv unterstützt. Nicht jeder – Sie sprachen das an – konnte direkt etwas mit den uns gegenüberstehenden Erzieherinnen und Erziehern anfangen. Ich kann mich noch an die erste Lehrerkonferenz erinnern, wo dann gefragt wurde: „Haben Sie auch studiert?“ Nachdem das bejaht wurde, waren die ersten Vor-

behalte auch vom Tisch. Diese anfänglichen Schwierigkeiten, die es auch im Selbstverständnis der Lehrer gab, sind nach kurzer Zeit überwunden worden, und wir haben in den letzten 1 ½ bis 2 Jahren sehr, sehr intensiv miteinander zusammengearbeitet. Wir haben Konzepte vorgelegt, die wir in langen gemeinsamen Nachmittagssitzungen erarbeitet haben, und die leben wir auch bzw. wir versuchen es. Da fangen dann allerdings die Schwierigkeiten an.

Eine Schwierigkeit liegt in der personellen Situation unseres Partners, des Caritas Verbandes. Dort reichen die finanziellen Ressourcen nicht aus, um das, was wir uns in unserem Konzept vorgenommen haben, tatsächlich leben zu können. Das sind z. B. Dinge, dass für geplante Arbeitsgemeinschaften keine Mittel zur Verfügung stehen, um Materialien zu besorgen. Die Personalkosten ziehen also alles ab und Materialkosten sind nicht vorgesehen. Das ist ein wichtiger Punkt.

Weiteres Problem: Diejenigen, die an führender Stelle den Ganzttag organisieren und ihn begleiten, müssen von dem Geld, das sie dabei verdienen, auch leben können. Da die Verträge aber so gestaltet sind, dass man davon nicht leben kann, führt das zu einer hohen Personalfuktuation.

Das bedeutet, dass die Schwierigkeiten, die wir zu Beginn eines jeden Schuljahres haben, absehbar bei jedem folgenden Schuljahr erneut auftreten. Es müssen wieder neue Absprachen getroffen werden, alle Kollegen müssen diejenigen kennen lernen, die jetzt wieder neu sind. Das dauert eine ganze Zeit bis es sinnvoll läuft, und während dieser Zeit könnte man sehr viel sinnvoller pädagogisch mit den Kindern arbeiten. Wir haben daher auf der personellen Ebene sehr viel Arbeit. Zu den räumlichen Problemen kann ich später noch etwas sagen.

Frank Möller:

Vielleicht könnten Sie an dieser Stelle aber noch ein paar Worte zur Zusammensetzung ihrer Schülerschaft sagen.

Martin van Neerven:

Die Konrad Adenauer Realschule hat jetzt etwa 450 bis 460 Schüler. Wir sind als Innenstadt-schule – wie liegen am Zülpicher Platz – auch eine Art Brennpunktschule, d. h. wir haben einen Migrationshintergrund bei unseren Schülerinnen und Schülern von etwa 70 %. Das ist natürlich genau die Zielgruppe, mit der wir eigentlich arbeiten wollen. Das ist ja auch par excellence das Publikum, das man mit dem Ganzttag erreichen will.

Noch ein weiterer Punkt: Die Konrad Adenauer Schule ist nicht allein eine Realschule, sondern auch eine Aufbau-Realschule. Wir nehmen also ab Klasse 7 immer noch ein, zwei Züge Schüler auf, die nach der Erprobungsstufe von den Gymnasien zu uns kommen oder die sich an den Hauptschulen ganz besonders qualifiziert haben und dann ebenfalls zu uns kommen. Und auch dort gibt es viele Problemlagen bei den Schülern, die wir sehr individuell versuchen anzugehen.

Frank Möller:

Frau Turzun, Sie haben an der Schule von Herrn van Neerven Elternarbeit gemacht. Bei der Lektüre verschiedener Texte, die sich an Eltern richteten und die wir auch zur Vorbereitung für diese Veranstaltung gelesen hatten, hatte ich immer das Gefühl, dass die für ein gebildetes bürgerliches Mittelstandspublikum geschrieben sind. Nun haben Sie es – Herr van Neerven sagte es – zum größten Teil mit Schülern und auch Eltern mit Migrationshintergrund zu tun. Welche Besonderheiten bringt das für die Elternarbeit mit sich, die ja ein ganz wesentlicher Aspekt moderner Schulkonzepte ist?

Kezban Tursun:

Ich mache die Elternarbeit an der Konrad Adenauer Schule seit drei Jahren, auch weil mein Sohn dort angemeldet ist. Ich habe meinen Sohn dort angemeldet, gerade weil die Schule so

„bunt“ ist und der Migrantenanteil so groß ist. Ich habe mir gewünscht, dass Eltern, Lehrer, Schüler gemeinsam im interkulturellen Rahmen im Prozess diese Veränderung, die mit dem Offenen Ganzttag verbunden ist, mitgestalten. Ich war sehr enttäuscht – es gab gar nichts. Gerade in der Umbruchzeit war es mit dem Ganzttag ein Chaos: die ganze Schule, die Bau-maßnahmen. Ich habe trotzdem gesagt, doch, ich möchte auch zusammen mit den Eltern an der Schule etwas bewegen, ich möchte die Eltern kennen lernen, ich möchte auch dass die Eltern sich kennen lernen, sich austauschen, den Prozess an der Schule mit begleiten. Es ist aber sehr, sehr schwierig. Gerade diese Eltern, wie Sie auch vorhin gesagt haben, Migranten, überwiegend auch türkischstämmige Migranten, die nichts verstehen. Mir fällt das sowieso sehr schwer, durch dieses ganze Chaos durchzuschauen – warum, weshalb, wieso – über Mittagsbetreuung, Essen, Hausaufgabenbetreuung. Und für diese Eltern ist es wirklich nicht einfach das alles zu verstehen.

Aktuelles Beispiel: das Bildungspaket. Ich habe mir das durchgelesen, und ich verstehe es nicht. Ich habe jetzt Bedenken: Wie übersetze ich das? Wie bringe ich das den Eltern bei? Wie mache ich das verständlich. Es ist hochkompliziert. Und das ist nicht nur das Bildungspaket, es sind ganz viele Sachen. Wenn der Schulleiter die erklärt, dann frage ich mich jedes Mal, wie mache ich das jetzt den Eltern klar. Die drücken sich da natürlich auch. Die denken: „Ich blick da nicht durch, ich versteh das gar nicht, lass mich einfach in Ruhe.“ Das ist wirklich traurig und bedauerlich.

Dr. Joachim Weiner:

Man sieht an dieser instruktiven Schilderung am Beispiel der Elternarbeit, dass hier spezifische Probleme entstehen, die nicht so einfach mit den scheinbar so wunderbaren Qualitätsprüfungsinstrumenten bewältigt werden können. Hier sind ganz besondere Anforderungen an diejenigen gestellt, die Elternarbeit betreiben, die alle viel Zeit kosten, ein hohes Know-how erfordern und eine große Zähigkeit.

Ich möchte aber noch zu einem anderen Punkt kommen: In letzter Zeit nehmen Vertreter derjenigen, die Angebote für den Offenen Ganzttag machen, in zunehmendem Maße kritisch Stellung zu der gegebenen Situation. Ich habe hier drei Stellungnahmen.

Eine ist bereits von 2007, das ist die „Kölner Erklärung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Offenen Ganzttagsschule im Primarbereich NRW“; die ist vom BDKJ, Diözesan-Caritasverband und vom Erzbistum Köln [http://jugendpastoral.erzbistum-koeln.de/export/sites/jugendpastoral/abteilung_jugendseelsorge/_galerien/download/schule/Koelner_Erklaerung_Qualitaet_hat_ihren_Preis.pdf].

Dann hat die GEW/Stadtverband Köln jetzt einen Offenen Brief formuliert, in dem sie Forderungen und Erwartungen hinsichtlich einer Verbesserung der Situation der von ihnen Vertretenen im Offenen Ganztagsbereich anmahnt [http://www.gew-koeln.de/02/web03/bildungsbereiche/schule/ogs/ogs_nachbesserungsbedarf.pdf].

Außerdem hat der „Regionale Qualitätszirkel im Regierungsbezirk Köln“, in dem verschiedene Einrichtungen zusammenarbeiten, ein Papier verfasst, in dem Forderungen und Kritik an den Zuständen im Offenen Ganztagsbereich artikuliert worden sind. [http://www.kulturellebildung-nrw.de/cms/upload/pdf/Positionspapier_OGS-10-2010-letzte_Fassung_mit_Layout_Leporello_5.PDF].

Alle drei Papiere bringen zum Ausdruck, dass diejenigen, die ihre Arbeit im Offenen Ganztagsbereich erledigen, dies gerne tun und ihre Arbeit auch wertschätzen, dass sie aber den Eindruck haben, dass ihre Arbeit tatsächlich nicht wertgeschätzt wird. Über den Zeitraum von 2007 bis 2011 kann man feststellen, dass immer wieder dieselben Probleme angesprochen worden sind: unzureichende Räume, unzureichende Bezahlung, unzureichende Betriebsmittel für die Arbeit mit den Kindern. Alle beklagen auch, dass sie mehr Unterstützung durch die Lehrerinnen und Lehrern an den Schulen brauchen. Das Verhältnis der Lehrer zu denjenigen, die im Nachmittagsbereich arbeiten, wird sehr kritisch gesehen. Und es wird auch ein besserer Personalschlüssel gefordert, d. h., auch die Zeit reicht nicht aus, weil notwendige Abstim-

mungsprozesse einfach viel mehr Zeit erfordern als vorhanden ist. Thema sind auch die Verträge, die immer nur über einen kurzen Bewilligungszeitraum laufen, nämlich lediglich über ein Jahr. Das hat zur Folge, dass all diejenigen, die mit diesen Verträgen ausgestattet werden, potentiell auf dem Absprung in sicherere Jobs sind. Kontinuität in der Zusammenarbeit wird so unmöglich, was nicht zuletzt auch aus pädagogischer Sicht eine Katastrophe ist, weil die personale Bindung zwischen Schüler und Betreuer damit permanent zur Disposition gestellt wird. Wo liegen für diese komplizierte Situation die Lösungsansätze?

Ulrike Heuer:

Die Frage ist natürlich, wie kann man als Kommune daran etwas ändern. Nehmen wir mal den Gebundenen Ganzttag. Bei den weiterführenden Schulen ist es etwas, was sehr stark über Lehrerstellen läuft, was durch die Kapitalisierung von Lehrerstellen über das Land initiiert werden kann. Da wäre theoretisch möglich, dass die Kommune noch mehr an freiwilligen Geldern investiert, aber, Frau Dr. Klein hatte es ja schon dargestellt, welche Summen da bereits investiert werden. Die Politik, die heute hier auf der Veranstaltung vertreten ist, weiß, wie die Haushaltslage in Köln derzeit ist und wie wir eigentlich täglich auch um diese freiwilligen Leistungen, die die Stadt Köln bereits investiert, argumentativ kämpfen, damit sie erhalten bleiben. Da ist also nicht von Ausweitung die Rede, sondern dass man 13 Mio. kürzen könnte, wenn man an den Ganzttag heranginge.

Sie sprachen die Verträge an: Das ist etwas, das bei den Freien Trägern angesiedelt ist, die aber ihrerseits auch wieder unter Zwängen stehen. Ich muss davon ausgehen, dass es da auch Gründe gibt, dass deren Verträge so gestaltet sind, wie sie gestaltet sind.

Sie merken, ich kann Ihnen keine Lösung anbieten, weil letztendlich alles wieder mit Geld verbunden ist.

Und was Sie hinsichtlich der Materialien ansprachen: Es gibt für den GU-Unterricht und den Offenen Ganzttag Gelder; das ist aber eine lächerlich kleine Summe, die da zur Verfügung steht und auch allenfalls nur Notlöcher stopfen kann.

Frank Möller:

Schönen Dank erstmal. Wir haben zwei Herren im Publikum, die sich über diese Frage auch Gedanken gemacht haben. Der eine ist Berthold Feldmann von der Jugendfachstelle des Erzbistums Köln, der andere ist Max-Georg Beier von der GEW/Köln. Halten Sie die bisherigen Antworten für befriedigend, und welche Antworten hätten Sie selber?

Max-Georg Beier (GEW):

Frau Heuer, Sie haben an einem Punkt Recht: Die Stadt tut sehr viel, tut viel mehr als andere Kommunen. Es gibt allerdings auch Kommunen, die machen noch mehr. Die Spanne geht von 30.000 bis 67.000 € pro Gruppe. So viel wird im Land für eine Offene Ganztagsgruppe ausgegeben. Da sind wir in einem guten Bereich, aber wir sind nicht in der Spitze.

Und wenn wir die Zeitraffer-Situation haben, die Sie beschrieben haben, dann heißt das, dass dieser Zeitraffer auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Und im nächsten Schritt dann auf dem Rücken der Kinder, denn die Beschäftigten müssen sich mit den Kindern auseinandersetzen; das machen die gerne und mit einem hohen Engagement, aber wenn ich einen 400 €-Job habe, dann bin ich nur wenige Stunden am Tag in der Einrichtung. Das bedeutet, dass ein Kind im Laufe eines Nachmittags mehrere Bezugspersonen hat. Am Vormittag gibt es *eine* Klassenlehrerin, am Nachmittag gibt es *mehrere*, die da arbeiten müssen, weil es keine dauerhaften Beschäftigungen gibt. Es gibt keine vernünftigen Räume, es ist laut, nicht jedes Kind hat an seiner Schule einen Stuhl und einen Tisch zum Mittagessen, die müssen zum Essen zum Teil in Klassenräume ausweichen. Den Kindern geht es im Moment unter diesen Bedingungen nicht gut, und ich empfehle den Eltern nachzuzucken, was mit ihren

Kindern während des Nachmittags im Offenen Ganztags geschieht, trotz des Engagements der Kolleginnen und Kollegen.

Frank Möller:

Das ist der Appell „Mehr Geld ins System, sonst wird sich nichts verbessern“.

Max-Georg Beier (GEW):

Das ist der Appell, dass man die Bezahlung, die für den Vormittagsbereich gilt, auch in den Nachmittagsbereich ausdehnen muss. Man kann nicht von Augenhöhe zwischen Vormittag und Nachmittag reden und sagen, die sollen miteinander kooperieren, wenn die Leute am Nachmittag mit 400 €-Jobs bezahlt werden und es am Vormittag Beamtenlöhne gibt. Die Beamtenlöhne sind in Ordnung, aber dass es am Nachmittag bloß eine 400 €-Bezahlung gibt oder 20 Stunden- oder 16 Stunden-Jobs, die oft nicht im Tarif-Bereich sind, das führt dazu, dass nicht nur gefragt wird „Haben Sie studiert?“, sondern „Wer sind Sie eigentlich? Was wollen Sie hier eigentlich?“. Und da muss man mit all seiner Fachlichkeit und all seinem Engagement dagegen halten und hat es schwer.

Berthold Feldmann (Jugendfachstelle des Erzbistums Köln)

Als Pädagoge und auch als derjenige, der versucht, mehrere Träger an einen Tisch zu bringen, um zu schauen, wo ist die Problemlage, kann ich das bestätigen, was gesagt worden ist und was in den zitierten Papieren zusammengestellt worden ist, dass die Problemlage nämlich bekannt ist. Es sind vorhin die Konzepte angesprochen worden. Konzepte sind in meinen Augen nur umsetzbar, wenn sie gemeinsam erarbeitet werden, denn dann sind sie auch gemeinsam tragbar. Das braucht Zeit. Wir kommen dann immer wieder am Ende zum Geld. Wo das Geld herkommen soll, ist natürlich schwierig. Die Kolleginnen und Kollegen, die von Landeserhöhungen hören und dann mitkriegen, dass die Kommune entscheidet, das Geld lieber in den Ausbau des Ganztags zu stecken als in eine Qualitätsverbesserung für die Mitarbeiter, die auch schon länger dabei sind, sind sauer, und es ist natürlich eine schwierige Situation auch für jeden Träger, das wieder deutlich zu machen.

Wir haben es vorhin schon gesagt: Die guten Mitarbeiter, die gehen, weil sie andere Jobs bekommen können mit Langzeitverträgen und ganzen Stellen, wenn sie sich bewerben. Das macht die Sache schwierig. Ich glaube auch, Jugendhilfe war lange Zeit und ist auch immer noch kreativ in den Ansätzen. Die Ziele auch bei den bescheidenen Umständen umzusetzen, sind wir auch weiter bereit, ich appelliere aber weiter an Politik und Schulverwaltung, das auch als Chance zu sehen, auf gleicher Augenhöhe enger mit der Jugendhilfe zusammen zu arbeiten, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Wir haben die Qualitätszirkel, die sollten wir dafür auch nutzen.

Und auch aus Trägersicht: „Bildung und Teilhabe“ (BUT) ist etwas, was den Verwaltungsapparat eines jeden Trägers inzwischen zum Zusammenbruch bringt, es ist nicht mehr zu stemmen. Wir müssen pro Vertrag von einer Bearbeitungszeit von einer halben bis zu einer dreiviertel Stunde ausgehen. Das ist für einen Träger, der zwischen 200 und 1.000 Anträge ausfüllen muss bzw. das Ausfüllen unterstützen muss, nicht zu schaffen. Das bricht uns das Kreuz. Da müssen wir gemeinsam zu einer Lösung finden, damit das machbar wird.

Frank Möller:

Frau Klein, die Kritik kann Ihnen nicht ganz unbekannt sein. Können Sie Hoffnung machen, dass sich an der Situation künftig etwas verbessert?

Dr. Agnes Klein:

Die Themen, die hier angesprochen worden sind – zum „Bildung und Teilhabe“-Paket sage ich später noch extra etwas –, die treiben uns schon viele Jahre um. Herr Beier, Ihre Forde-

rungen sind sicherlich berechtigt, auch das Thema mit der Augenhöhe, bloß: Das wird kommunal nicht zu schultern sein. Wir sind da in Zusammenhängen, die auf Landes- und Bundesebene spielen und letztlich auch bei der Frage „Wie viel Prozent des Bruttosozialprodukts wollen wir in die Bildung stecken?“ Wir können auf kommunaler Ebene gemeinsam mit dem Land NRW versuchen, die Dinge schrittweise zu entwickeln.

Was aber eine pragmatische Lösung wäre, die man auch mit dem Land noch mal intensiver diskutieren müsste, ist, wegzukommen von dieser Jährlichkeit im Offenen Ganztage. Der Offene Ganztage im Grundschulbereich arbeitet ja noch immer auf Erlass-Lage. Als er eingeführt wurde, war das eigentlich so gedacht, man fängt jetzt an, sammelt Erfahrungen und schafft dann eine gesetzliche Grundlage, die die Basis legt. Das Problem ist, dass immer noch, also etwa seit 8 oder 9 Jahren auf Erlass-Lage gearbeitet wird, d. h. man hängt an der Jährlichkeit, obwohl alle wissen, dass die Mittel alle Jahre wieder zur Verfügung gestellt werden. Und das wird dann an die Träger weitergereicht, weil wir ja nur jährlich bewilligen können, und die können dann keine längerfristigen Verträge machen, weil sie nicht sicher sein können, dass das Geld kommt. Und das bringt die Unsicherheit ins System. Da müssten wir noch mal gemeinsam Richtung Land diskutieren. Das Problem ist dem Land ja auch bewusst, dass man von dieser Erlass-Lage runterkommen muss und Planungssicherheit gibt.

Was sicher auch noch wichtig wäre: die Qualität landesweit festzulegen, dass es nicht nach Haushaltsslage oder Sichtweise der einzelnen Kommune geht. Eine Kommune in der Haushaltssicherung oder im Nothaushalt, die könnte z. B. freiwillige Leistungen wie in Köln gar nicht erbringen. Die Folge ist dann ein sehr unterschiedliches Qualitätsniveau im Land – Sie haben auch hier im Umland schon meist ein niedrigeres Qualitätsniveau – auch das ist nicht richtig so.

Zur Frage der Kooperation. Ich bin relativ oft an Schulen unterwegs, mit Schulleitung, Elternvertretung, manchmal sind auch die Schülervertretungen mit dabei, zum Thema: Wie klappt es mit dem Ganztage? Und wenn ich in einer Grundschule bin und der Träger des Offenen Ganztags nicht mit am Tisch sitzt, dann kann ich mir ungefähr die Qualität des Offenen Ganztags an dieser Schule vorstellen. Dann haben wir nämlich eine Schule, an der es mittags endet, danach gibt es einen Cut, dann geht's in den Nachmittag.

Ich war vor einiger Zeit auf einer Veranstaltung mit Elternvertretern. Die Elternvertreter hatten eingeladen zum Thema „Qualität des Offenen Ganztags“. Und da war unter der Elternschaft die Wahrnehmung hinsichtlich der Qualität sehr unterschiedlich. Es gab Eltern, die sagten, das sei alles nur Verwahren, hier passiere gar nichts, und dann gab es Eltern, die sagten, wir haben einen ganz tollen Ganztage und die Kinder gehen da gern hin. Das alles bei gleichem Budget, bei gleichen Rahmenbedingungen. Das ist also auch ein Aspekt, den wir sehen müssen, dass Träger und Schulen mehr oder auch minder gut kooperieren, unabhängig vom Geld. Natürlich haben wir aber auch immer noch ein knappes Budget.

Zum Schluss zum Bund, zum Bildungs- und Teilhabe-Paket, was m. E. wirklich schlimm ist. Die Hürden sind für die Eltern bei der Beantragung einfach zu hoch, aber auch für die Institutionen. Jede Leistung muss einzeln beantragt werden. Die kommunale Seite hat damals im Vermittlungsausschuss sehr deutlich gesagt, wir möchten, dass die Leistungen, die wir erbringen, abrechenbar sind, wir haben in Köln den Köln-Pass, wir haben sehr viele soziale Vergünstigungen, 1 Euro fürs Mittagessen, das was im Bildungspakte drin ist, haben wir in Köln schon über den Köln-Pass gehabt, lasst uns das doch abrechenbar machen. Nein, hat der Bund gesagt, wir möchten, dass alles einzeln beantragt werden muss, es muss alles einzeln nachgewiesen werden. Das ganze führt zu einem überbordenden Bürokratiemonster, und das führt auch dazu, dass viele Eltern diese Anträge nicht stellen. Wir sind jetzt bei etwa 30 % der Berechtigten, die einen Antrag stellen könnten. Berechtigt wären in Köln 56.000. 30 % stellen nur den Antrag, 70 % nicht, weil eben die Hürde zu hoch ist. Ganz schwierig wird es, wenn es um die Lernförderung geht. Wir haben sogar ans Ministerium geschrieben und gebeten: Senkt bitte die Hürden, weil man erst nachweisen muss, dass die Versetzung gefährdet ist, wie viel

Fünfen es sind. Das heißt, das Kind muss erst richtig in den Brunnen gefallen sein, damit wir es da wieder rausholen können.

Dass das auch anders gehen könnte, zeigt ein Baustein des Pakets, nämlich die Schulsozialarbeit. Schulsozialarbeit kann man pauschal abrechnen. Wir haben in der Ratssitzung in der letzten Woche eine Entscheidung des Rates gehabt, der gesagt hat, wir werden zusätzlich zu unseren 40 Stellen 87 Stellen für Schulsozialarbeit an Grundschulen, an weiterführenden Schulen in Köln einrichten, finanziert über das Bildungspaket. Da geht das.

Dr. Joachim Weiner:

Eines der wesentlichen Schlagworte, das im Zusammenhang mit Ganzttag immer wieder fällt, ist „Schule als Lern- und Lebensraum“, wobei die Betonung auf Lebensraum liegt. Wir möchten, bevor wir darüber weiter diskutieren, einige Bilder aus der Schule von Herrn van Neerven zeigen, damit man mal einen Eindruck davon bekommt, in welchem Zustand sich diese Lebensräume zum Teil befinden.

Die Bilder zeigen kaputte Fenster an der Turnhalle / kaputte Bänke auf dem Schulhof / katastrophaler Zustand der Toilettenanlagen mit kaputten Türen, abgerissenen Spiegeln, Urinierinnen ohne Wasser, kein Papier...

Kezban Tursun:

Da möchte ich etwas ergänzen: Ich habe von vielen Eltern mitgekriegt, dass die Kinder, die Fünftklässler, den Tag über nichts trinken, damit sie nicht auf die Toilette müssen. Zehnjährige, Elfjährige trinken den ganzen Tag nichts mehr, weil sie es sich nicht trauen.

Dr. Joachim Weiner:

Dunkle, verdreckte Gänge im Innern der Schule / Zerstörung an den Wänden / zerkratzte Schultüren / rausgebrochene Schlösser / unsichere, offene Leitungen / Schulreinigung als Riesenproblem / unvollendete Arbeit der Gebäudewirtschaft ohne Endkontrolle / nicht nutzbare Werkräume

Wir haben die Bilder nicht gezeigt, um den Gebäudezustand nun besonders hervorzuheben, es geht um Folgendes: Wir reden von ganz tollen Plänen, wir reden von Qualitätssicherung, wir reden von Qualitätssicherungszirkeln. Es gibt ein tolles Programm, nach dem sich die Ganztagschulen selbst evaluieren sollen – „Qualität in Ganztagschulen (QUIGS 2.0) [http://www.ganzttag.nrw.de/upload/pdf/quigs/Moderatorenhandbuch_131109.pdf] –, das ist sicher mit viel Geld und viel wissenschaftlicher Denkschärfe entwickelt worden. Hier endet aber „QUIGS“ und alles andere, weil wir hier schon an den Grundvoraussetzungen scheitern, weil hier eine Schule, die ohnehin eine schwierige Klientel hat, Schwierigkeiten hat, Schulreform zu machen. Herr van Neerven, vielleicht können Sie noch einmal deutlich machen, wo Ihre ganz besonderen Schwierigkeiten liegen.

Martin van Neerven:

Vielleicht darf ich zu meiner Entlastung eingangs sagen, dass ich erst seit August 2011 Schulleiter dieser Schule bin, ich war zwei Jahre vorher aber Konrektor. Wie sich die Alltagsarbeit in solchen desaströsen Räumlichkeiten auswirkt, kann sich sicher jeder vorstellen. Das ist eine Einladung, immer wieder erneut gegenzutreten, erneut zu beschmieren, erneut Verunreinigungen zu hinterlassen. Wir versuchen natürlich über Aufsicht und über Einsicht bei den Schülern das Schlimmste zu verhindern, aber das ist natürlich ein ganz hartes Los. Ich möchte noch eine Anekdote dazu erzählen: Wir haben uns immer gewundert, warum die Schule nicht so richtig sauber wird, bis ich jetzt auf die Verträge der Reinigungskräfte, die natürlich viel zu wenig Zeiten haben, gestoßen bin. Und dann ist uns aufgefallen, dass diese Verträge überhaupt nicht geändert wurden, seit die Schule im Ganzttag ist. Das heißt, die Reinigungskraft fängt weiterhin gegen 12 und freitags gegen 11 Uhr mit ihren Reinigungsarbeiten an; also

dann, wenn die Schule noch voll ist, wenn die Schüler in ihren Klassen sitzen, dann fängt sie an durchzufeudeln, und um 15 Uhr freitags, wenn die Schüler gehen, dann hat sie noch genau eine Stunde ohne die Schüler. Und an anderen Tagen sind es 1 ½ Stunden, wo sie die Schule alleine reinigen kann. Ansonsten muss sie das immer im laufenden Betrieb machen, weil die Verträge nicht angepasst wurden. Es müsste also klar sein, dass eine Schule, die im Ganztags ist, selbstverständlich erst dann gereinigt wird, wenn die Schüler nicht mehr im Haus sind.

Vor zwei Jahren hatten wir eine Begehung der Technikräume, die sie da gesehen haben. Die sind auch in dem beklagenswerten Zustand, weil dort Fluchtwege nicht mehr vorhanden sind. Deshalb konnten die auch über lange Jahre nicht genutzt werden. Wir hatten dann unseren Sachbearbeiter vom Schulverwaltungsamt da, dem wir das alles gezeigt habe, und es konnte dann keine Entscheidung darüber getroffen werden, dass da tatsächlich Bedarf ist, das zu verändern. Am Ende des letzten Schuljahres hatten wir dann nicht den Gruppenleiter vor Ort, sondern dessen Chef. Der konnte das sehr wohl entscheiden. Der hat sich das angesehen und das ganze ist jetzt in Planung. Da scheint mir auch die Frage eine Rolle zu spielen: Wer kann tatsächlich entscheiden im Schulverwaltungsamt, was jetzt auf eine Prioritätenliste muss.

Wir haben natürlich auch schöne Räume. Wir haben eine tolle Mensa von der Stadt bekommen. Aber im Bestand, in den Räumen, die seit 20, 30 Jahren alltäglich von den Kindern genutzt werden, da gibt es ganz große Defizite. Und in diese Situation werden die Kinder immer wieder reingesteckt. Und dann nutzt es auch nichts, dass man eine tolle Mensa hat, die so gut ausgestattet ist, dass wir viele Dinge gar nicht nutzen können, die da drin sind. Auch da kann ich Beispiele geben. Wir haben in unserer Mensa einen Wasserspender, der hat um die 5.000 € gekostet, ein wirklich edles Teil. Aber wir können ihn nicht nutzen. Er müsste nämlich einmal im Jahr gewartet werden. Eine solche Wartung kostet zwischen 800 und 900 €, weil es ein solches Edelteil ist. Soviel Geld spielen wir aber nicht ein. Deswegen steht das Gerät da und wird nicht genutzt. Von der Salatschneidemaschine für 4.000 € möchte ich jetzt gar nicht erst reden, die standardmäßig zu der Kücheneinrichtung mit dazu gekauft wurde, die aber gar nicht genutzt werden kann, weil wir ja von einem Caterer versorgt werden, der das Essen täglich warm anliefert. Da sind Ressourcen investiert worden, die an anderer Stelle – siehe Technikräume – sicher sinnvoller eingesetzt worden wären.

Dr. Joachim Weiner:

Es ist sehr schwierig an einer solchen Schule mit den Schülern ein Ganztagsprogramm umzusetzen, das den hehren Leitzielen verpflichtet ist, die ja durchaus auch wichtig und richtig sind. Es ist nämlich schwer, den Schülern begreifbar zu machen, wieso sie sich in einer solchen Schule plötzlich anders bewegen sollen als in der Vergangenheit. Das Problem ist auch, dass offensichtlich durch bestimmte Verwaltungsakte, wie die Schließung der Räume, dann die Öffnung der Räume, es überhaupt keine Sicherheit gibt. Das ganze Zusammenspiel, das immer beschworen wird – alle Träger, alle Verantwortlichen an einen Tisch – das scheint am allerwenigsten zu klappen. Ein weiterer Punkt – und diese Schule ist ein gutes Beispiel dafür – offensichtlich geraten viele Schulen aus dem Blickfeld der Verwaltung. Wie kann es passieren, dass eine Schule überhaupt in diesen Zustand versetzt worden ist und die Verwaltung davon nichts bemerkt hat? Frau Heuer, haben wir überhaupt ein Monitoringsystem, das es Ihnen erlaubt, sich permanent einen Überblick darüber zu verschaffen, wie der Zustand der Schulen ist, damit wir auch wissen, wo wir eingreifen müssen? Gibt es so was wie ein Wiedervorlagesystem? Mängelbeschreibungen gibt es ja sicher genug, es finden ja jedes Jahr Begehungen statt; da kommt auch die Gebäudewirtschaft vorbei, schreibt alle Mängel auf, und dann hört man nichts mehr von ihr. Hier liegt doch ein wunder Punkt, durch den wir schon scheitern, bevor wir überhaupt mit pädagogischen Konzepten loslegen.

Ulrike Heuer:

Ich möchte es mal von den Einzelfällen wegbringen. Mir geht es darum, wie man verhindern kann, dass so was passiert. Das ist ein strukturelles Problem. Für mich ist der Schlüssel zur Lösung Kommunikation. Es ist eigentlich die Regel, dass auch die Einrichtung von Mensen mit der Schule besprochen wird. Was natürlich dazwischenfunken kann, sind die in Köln sehr hohen Maßstäbe des Gesundheitsamtes. Da wird z. B. Wert darauf gelegt, dass jederzeit die Zubereitung von frischem Essen möglich ist. Da wird auch ein Standard vom Gesundheitsamt gefordert, den wir sicher auch alle befürworten würden, der aber eben dann, wenn ein Caterer kommt und nicht frisch zubereitet wird, natürlich den Eindruck erweckt, das sei unsinnig. In der Regel ist es aber so, dass es eine Absprache zwischen der Schule und dem Träger gibt.

Was sicher verbesserungswürdig ist, ist der Informationstransfer vom Besitzer der Schulen, also der Gebäudewirtschaft, die diese Dinge aufnimmt, aber nicht automatisch an uns als „Mieter“ weitergibt. Wir haben eigene Projektblätter, die aber z. B. Mängel nur bedingt festhalten, weil die Meldungen nicht an uns kommen.

Wir haben ein Problem hinsichtlich der Instandhaltung. Wir haben in Köln fantastische Schulbauleitlinien für Neubauten. Da ist all das, wovon wir träumen, verwirklicht. Das gilt aber nur für Neu- und Erweiterungsbauten. Es ist aber absolut im Argen, was Instandhaltung angeht. Ich habe da den Eindruck, dass so gedacht wird, es sei wirtschaftlicher, eine Schule soweit zu haben, dass dann eine Generalsanierung notwendig wird oder ein Abriss als eine Instandhaltung.

Sie haben das bei den Bildern eben mit den Fenstern gezeigt; es ist tatsächlich so, ich habe das vor einem halben Jahr aus der Zeitung entnommen, dass die Fenster nur noch von außen geputzt werden, einmal jährlich. Das hat mich auch baff gemacht. Wenn man dann an der Grundschule ist, da werden an Weihnachten mit Fingerfarben die Sterne gemalt, jetzt ist wahrscheinlich gerade die Herbstdeko angesagt, aber sie werden nur noch einmal jährlich von außen geputzt. Es gibt keine Innenreinigung der Fenster mehr. Das ist auch ein Punkt, der wieder Ersparnis bedeutet. Wir bereiten jetzt eine Ganztags-Vorlage vor, die diese Reinigungsfrage berücksichtigt. Das muss man aber dann mit in die Kosten hinein nehmen. Bei einer Stadt wie Köln ist das nicht nur ein Milliönchen, sondern das sind ein paar. Das muss man ganz klar sagen. Und all diese Kosten sind wir im Moment dabei aufzuzeigen, und dann muss man fragen, was kann sich die Stadt da noch leisten.

Und für mich ist dabei ganz wichtig die Kommunikation, kontinuierliche Kommunikation. Ich habe heute von einer Schule gehört, die hat einen Aquariumsraum. So etwas war mir bisher unbekannt. Da ist ein ganzer Raum als Aquarium gestaltet, weil es einem Fachlehrer vor Jahren gelungen ist, davon zu überzeugen, dass das eine Schule braucht. Jetzt ist der Fachlehrer in Pension und keiner will den Aquariumsraum mehr haben. So etwas darf nicht passieren. Da muss man den Lehrern hin und wieder auch sagen: Das geht nicht.

Dr. Joachim Weiner:

Nun wundert man sich ja auch, dass Eltern z. B. zu den Verhältnissen an der Konrad Adenauer Schule nichts sagen. Frau Tursun, warum rebellieren die Eltern nicht?

Kezban Tursun:

Ich war sehr neugierig, als jetzt die neuen Fünftklässler eingeschult wurden. Am Tag der Einschulung war ich dabei, um nachzuhören, was die Eltern brauchen, wo Bedarf ist; Deutschkurs, Computerkurs und diese Angebote. Und ich war sehr neugierig, auch zu fragen, warum sie ihr Kind an dieser Schule angemeldet haben. Es war überwiegend so, dass es Kinder von außerhalb des Stadtteils waren – Niehl, Riehl, Deutz – von allen Stadtteilen aus kommen sie in die Frankstraße. Sie hatten häufig keinen Platz auf einer anderen Schule bekommen. Die Hauptsache war dann, dass es eine Realschule war, das hört sich gut an, und deswegen hatten die Eltern ihre Kinder dort angemeldet. Von der Schule, der Aufbau-Realschule, der Zeit da-

nach auch – überhaupt keine Ahnung. Die wussten gar nichts, sie waren nur froh, dass sie ihre Kinder irgendwo auf einer Realschule untergebracht hatten.

Auf meine Frage zum Ganzttag haben viele gesagt, ja, das ist ganz gut, die kriegen da was zu essen und die Hausaufgabenbetreuung. Wir haben auch eine Schulführung gemacht am Tag der Offenen Tür, aber mit den Schülern, so dass die neuen Schüler mit älteren durch die Schule gelaufen sind, sehr nett auch empfangen worden sind. Aber die Eltern kennen wenig von der Schule. Ich bin jetzt soweit, dass ich sage, wir machen mal eine Führung durch die Schule, damit sie auch mal sehen, in welchen Räumen sich ihre Kinder aufhalten; wie dreckig das ist, dass sich die Kinder dort den ganzen Tag aufhalten müssen und dass das kein Zustand ist. Und diese Eltern, die trauen sich einfach nichts. Da fehlt es ihnen einfach auch an Sprachkenntnissen, und da ist der große Respekt vor der Schule und vor den Lehrern. Da ist der Zugang gar nicht da. Das interessiert die auch weniger. Und erst wenn ich sie dreimal anspreche, dann fangen sie an nachzudenken. Eigentlich ist das unmöglich. Ich wünschte mir in dem ganzen Konzept für den Ganzttag, dass es bestimmte Arbeiten für die Elternarbeit gibt, dass man die Eltern bei der Einschulung bereits sofort mit einbindet und sagt: das ist ein Ganzttag. Ihre Kinder werden hier soundso betreut und Sie müssen sich auch selbst einbringen. Es wäre auch nicht akzeptabel, wenn ich den Eltern jetzt sagen würde, wir reinigen oder renovieren die Klassenräume, weil es überhaupt kein Geld gibt.

Türkische Eltern kommen kaum. Ich kann sie auch nur sehr schwer erreichen. Die paar Eltern, die jetzt da waren, das waren deutsche Eltern, die natürlich – wie auch wir jetzt hier – über alles diskutieren, aber bei der Frage der Umsetzung auch sagen: Ja, keine Zeit, ich bin auch nicht der einzige Elternteil hier, also, das wird alles verschoben und verdrängt. Und da bin ich auch überfordert zu überlegen, wie das insgesamt zu lösen ist.

Wir hatten am Samstag den Interkulturellen Tag, der wunderschön war, mit vielen Eltern, vielen Kindern auch. Ich wünschte mir, dass im interkulturellen Rahmen, gerade an dieser Schule, mehr passiert.

Dr. Joachim Weiner:

Bevor wir ins Publikum gehen eine letzte Frage an Frau Dr. Klein. Könnte es sein, dass wir ein Umsetzungsproblem dahingehend haben, dass wir auf der einen Seite relativ klare Vorstellungen haben und auch einige Schulen haben, wo alles wunderbar klappt, weil die eine gut gebildete Klientel haben, dass wir aber auf der anderen Seite ein Feld haben, das so grundlegend defizitär ist, bereits bevor Sie überhaupt mit all Ihren Schulplanungen ins Spiel kommen? Könnte es sein, dass wir auf der einen Seite den Ganzttag etablieren, dass aber dieser Ganzttag – wenn es so weitergeht wie bis jetzt – letztendlich ein Flop wird, weil die Menschen, die damit ihre Erfahrung gemacht haben, so enttäuscht sein werden, dass sie resignieren? Wenn wir bei solchen Problemen nicht relativ schnell Abhilfe schaffen, besteht dann nicht die Gefahr, dass das an sich richtige Konzept dann doch scheitert?

Dr. Agnes Klein:

Nach meiner persönlichen Überzeugung führt am Ganzttag kein Weg vorbei. Wir werden darum ringen müssen, wie die Rahmenbedingungen aussehen. Ich kann mir kein deutsches Schulsystem als Zukunftssystem vorstellen, was sich im Halbttag abspielt. Die Frage ist also, wie kommen wir dahin, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Mir ist noch mal wichtig eines deutlich zu machen: Es kann nicht sein, dass eine Schule nur dann baulich erblüht, wenn es genügend Elternbeschwerden gibt. Gleiches Recht für alle Schulen in Köln. Wir haben aber einen riesigen Sanierungsstau an vielen Schulen. Das ist ein Beispiel dafür, wenn man Jahre und Jahrzehnte nichts tut. Und das ist dann auch noch unter Denkmalschutz, wie 50 % unserer Schulen insgesamt, was mich immer erstaunt hat. Ist wohl auch bundesweit einmalig.

Wir haben die Konrad Adenauer Schule, die wir hier beispielhaft behandelt haben, auch nicht vergessen. Wir haben einen Planungsbeschluss durch den Rat gebracht, dass dort eine große

Baumaßnahme erfolgen soll, in die auch die Toiletten eingeschlossen sind, die Umkleidesituation in der Turnhalle gehört auch mit dazu. Für ca. 4 Mio. € wird in diese Schule investiert. Aber das wird lange nicht reichen. Wir haben die Fachraumerneuerung auf dem Schirm, gleiches für den Werkraum, da ist die Auswahl des Fachplaners im Gange. Mir geht es dabei aber auch so wie Ihnen, dass man sagt, eigentlich müsste das alles viel schneller gehen. Also, wir sind mittendrin, diese Schule durchzusaniern und umzubauen und baulich zu verbessern.

Martin van Neerven:

Wir haben da als Kollegium auch nicht pädagogisch resigniert. Wir sind hingegangen und haben gesagt, wir wollen es auch von uns aus noch mal ändern. Das Kollegium hat jetzt mehrere tausend Euro zusammengelegt, um zunächst mal den eigenen Arbeitsplatz zu verbessern, nämlich das desaströse Lehrerzimmer und die Küche, die da andeutungsweise zu sehen war. Aber auch da wirft uns die Gebäudewirtschaft jetzt Knüppel zwischen die Beine, weil es darum geht, dass irgendeine Stromleitung gelegt werden muss. Da müssen jetzt Antragsverfahren durchlaufen werden, was eventuell dazu führt, dass wir an deren Ende wirklich sagen müssen: Jetzt können wir nicht mehr.

Publikum (1):

Frau Tursun sprach davon, die Eltern einzubinden. Da gibt es den Professor Werner Sacher von der Universität Erlangen-Nürnberg, der amerikanische Studien fortgesetzt hat und zwar über „Erziehungspartnerschaften“. Darin geht es um Familie als verschenktes Potential. Dort gibt es viele Aspekte, die man aufnehmen kann, um sich auf einer Augenhöhe zu begegnen.

Punkt 2: Als ich die Bilder von der Schule gesehen habe, war ich erschüttert. Hinsichtlich der Werkräume frage ich mich, warum versucht man nicht, mit Unternehmen in Kooperation zu gehen. Die Realschule macht Berufsorientierungsprogramme, Unternehmen haben Nachwuchsmangel, von daher könnte man auf kurzen Wegen gute Kooperationen auf die Beine stellen und z. B. eine Ausstattung hinbekommen.

Punkt 3: Es hieß, der Ganzttag sei per Erlass geregelt und in Köln passiere ganz viel, die Verwaltung sei engagiert und dennoch seien die krassen Unterschiede in der Behandlung da. Was könnte die Kommune also tun, um über Intervention bei Bund und Land angegliche Lebensverhältnisse herzustellen. Beim Bund wäre das GG Art. 72 Abs. 2 „Gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen“. Und das heißt nicht nur, wir passen drauf auf, dass kein Kind verloren geht, unabhängig davon, in welcher Art von Familie es geboren worden ist, sondern auch unabhängig vom Standort der Schule. Und da sind wir innerhalb Kölns genauso dran gehalten, wie von einer Stadt zur anderen Stadt innerhalb des gleichen Landes.

Publikum (2):

Ich möchte noch mal etwas zu unserer Arbeit im Offenen Ganzttag sagen: Wir sind alle Akademiker. Es ist so respektlos mit jemandem so umzugehen, dass er für diese Arbeit nicht die Zeit bekommt, die er braucht. Wir haben keine Vor- und Nachbereitungszeit. Keine. Wir schreiben dann Überstunden und müssen sehen, was wir damit machen, und die meisten schreiben wir gar nicht auf. Wir sind alle engagiert, machen das alle von Herzen. Aber es ist einfach, als ob einem das den Lebensnerv abgräbt, von einer Gesellschaft so mies dafür bezahlt zu werden. Die Träger können nichts dafür, das weiß ich. Ich weiß aber auch nicht, wie lange ich so was noch durchstehen kann. Meine Frage, Frau Klein, wenn Sie sagen, Köln kann das nicht leisten – ich kann das nicht beurteilen, ob Köln das kann oder nicht –, dann ist doch die Frage: Wie wichtig ist Bildung, und was ist das wert in diesem Land. Und das ist ohnehin Jahrzehnte lang falsch beantwortet worden. Wird sich da etwas ändern oder sollen wir jetzt Jahrzehnte weiterhin diese respektlos servierte Suppe löffeln? Wie setzen Sie sich als Kommune da gegenüber Land und Bund ein? Da muss Geld her, man mag da kratzen wo man will, es liegt am Geld.

Publikum (3), Max-Georg Beier:

Eben ist von Inklusion gesprochen worden und dass das der wichtige Punkt ist, dass die Schulen sich wirklich verändern. Das sehen wir in der GEW genauso, aber wir sehen eben auch, dass weder die Lehrkräfte noch der Nachmittag irgendwie dafür qualifiziert wird. Wir haben die Situation, dass zunehmend Kinder mit Behinderungen an die Schulen kommen, das ist gut, aber es gibt im Moment keine Anstrengungen, dass die Träger in die Lage versetzt werden, zum Beispiel im Offenen Ganztag eine ordentliche Qualifizierung auf die Beine zu stellen, so dass die Kräfte, die da sind, angemessen mit den Kindern umgehen können. Die Betreuungskräfte, die schulbegleitend mit in die Schule gehen, die hören nach der Schule auf.

Publikum (4), Peter Szidat, Leiter der Peter Ustinov Realschule in Nippes:

Es ist davon gesprochen worden, dass die Zusammenarbeit der Lehrkräfte und der Betreuungskräfte am Nachmittag sehr schlecht ist. Es ist ganz einfach: das ist gewollt. Denn der Prozess, der 2008 begonnen wurde, fing so an, dass man am 1.8. sagte, liebe Schulen, ihr müsst am 1.2., also in 6 Monaten eine Mittagspause machen oder eine Über-Mittags-Betreuung anbieten. Was haben wir gemacht? Wir haben aus dem Stand im laufenden Schuljahr einen Träger aus der Jugendhilfe gesucht, wir haben uns informiert über die Frage Catering / warmes Mittagessen. Wir haben uns überlegt, welches Konzept wir machen können für die Über-Mittags-Betreuung für einen Offenen Ganztag und haben dann überlegt, ja, es ist ja gesagt worden vom Land, und da muss man natürlich die kommunalen Träger in Schutz nehmen, „entweder die Schule macht es, ihr kriegt Stellen, ihr kriegt Lehrerstellen oder der Träger der Jugendhilfe macht es, und ihr kriegt Geld“. Und da haben wir gesagt, obendrauf machen wir nichts, also nehmen wir das Geld. D h. wir haben dann einen Träger gefunden, der es macht. Aber dann haben die Kollegen und auch ich selber gesagt, OK, der Träger der Jugendhilfe macht es jetzt, die Über-Mittag-Betreuung und den Offenen Ganztag, wir sind gar nicht gefragt. Und es war auch gar nicht intendiert, dass wir zusammenarbeiten.

Die Zusammenarbeit, die kam notgedrungen anschließend, weil wir gesehen haben, dass es nicht funktioniert mit den Kindern, weil die Kinder außer Rand und Band waren, denn es gilt ja das, was auch vorhin gesagt wurde: Auch die Über-Mittags-Betreuung lebt von der Beziehung zu den zu betreuenden Personen. Und das funktionierte nicht. Inzwischen sind wir soweit, dass wir selber, obwohl wir keine Stellenanteile dafür kriegen, mit eigenem Personal vertreten sind, aber das sind alles Eigeninitiativen, die so im Erlass und in der Intention der damaligen Landesregierung überhaupt nicht vorhanden waren. Wir haben das aus unserer Sicht und auch aus Sicht des Trägers der Jugendhilfe, die auch auf uns zugekommen sind, und gesagt haben, so geht das nicht, wir haben uns zusammengesetzt und das geregelt. Es läuft nicht optimal, man muss es verbessern. Aber was unser Problem ist: Hier werden Prozesse angestoßen, seien es pädagogische: zentrale Prüfung, Lernstandserhebung, individuelle Förderung, und es kommen immer neue Prozesse oben drauf, ohne dass wir mit Zeit, Ressourcen, Räumlichkeiten, Geld und Personal in die Lage versetzt werden, diese Prozesse richtig zu gestalten. Man fragt hinterher nur, was ist denn draus geworden? Da können wir nur sagen, wir sind noch nicht fertig, wir gucken gerade wie weit wir sind und was wir besser machen können. Und das ist unser Problem, es kommt immer wieder was oben drauf. Jetzt kommt Inklusion oben drauf. Ich sag Ihnen ehrlich, ich weiß nicht, wie wir es machen sollen. Wir haben weder die Zeit noch die Ressourcen, noch die Erfahrung. Und zur Offenen Ganztagschule: Sie ist bisher ein Fehlschlag und ein Flop. Ich sage bisher. Und wir müssen uns von allen Seiten bemühen, dass es entschieden besser wird, denn unsere Kinder leiden darunter. Und die Nachfrage der Eltern, das ist meine Wahrnehmung auch in diesem Jahr, lässt leider nach, weil die die Kinder ja freiwillig anmelden und einen kleinen Eigenbeitrag leisten müssen und weil es ein schwieriges Thema ist. Das ist sehr bedauerlich, denn Frau Klein hat Recht, es ist letztlich alternativlos.

Publikum (5), Horst Thelen, Mitglied des Schulausschusses:

Ich hatte gedacht, dass es heute um den Ganzttag etwas weiter geht und nicht nur um den Offenen Ganzttag, denn ich halte den Offenen Ganzttag für ein Übergangsphänomen. Wir müssen im Schulsystem zum gebundenen Ganzttag kommen, dann werden viele Probleme nicht mehr existieren. Ich glaube auch, nur so bekommen wir für jedes Kind die gleichen Ausgangsbedingungen und nicht durch diese im Grunde freiwilligen Maßnahmen. Deshalb denke ich, in einigen Jahren, vielleicht in einem Jahrzehnt ist das Thema durch. Dann geht es um eine andere Verantwortlichkeit auch für den Nachmittag.

Das zweite, was ich ansprechen wollte, ist das Kommunikationsproblem. Mir scheint es zwischen Schulverwaltung und Gebäudewirtschaft keine strukturell gute Zusammenarbeit zu geben. Es wird deutlich, wenn man sich den integrierten Schul- und Hilfeplan durchliest, dass das Wort „Gebäudemanagement“ gerade einmal vorkommt. Das ist kein Vorwurf gegen den hervorragenden Rahmenplan, aber ich denke, an der Stelle muss von der Politik bzw. Verwaltung besseres geleistet werden, dann passieren auch nicht solche Instandhaltungslücken, wie wir sie gesehen haben.

Publikum (6):

Ich frage mich, wie die Qualität für die Kinder sein wird, wenn wir einen Gebundenen Ganzttag haben werden. Wenn Schule Lebensraum ist, die Kinder aber nicht auf Bäume klettern dürfen, weil es zu gefährlich ist, weil sie runterfallen könnten, oder wenn Schneeballschlachten verboten sind, das ist kein Lebensraum. Aber wir im Offenen Ganzttag können überhaupt nicht leisten, so viele Kinder zu beschützen und frei laufen zu lassen. Da müssen viele Regeln her, und mit je mehr Regeln wir die Kinder einschränken, desto eingeschränkter werden die Kinder.

Noch mal zum Finanziellen. Ich habe das große Glück, eine feste Stelle zu haben mit 31 Stunden als stellvertretende Leitung, und ich verdiene noch nicht einmal Hartz IV-Satz. Soviel zur Wertschätzung meiner Arbeit. Und wenn Sie kein Geld haben für die jetzigen Plätze, wovon wollen Sie dann erweitern? Stecken Sie das Geld, das da ist, erstmal in die Plätze, die da sind.

Publikum (7):

Ich habe eine konkrete Frage, weil heute parallel ja auch die Veranstaltung zum Bürgerhaushalt ist. Wo können wir uns jetzt alle engagieren, damit klar gemacht wird, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt wirklich mehr Geld für die Kinder haben wollen. Wie kann das gehen. Und ich möchte ein Wort auch dazu prägen. **Ich hätte gern einen Kinderrettungsschirm statt eines Bankenrettungsschirms.**

Publikum (8):

Ich organisiere mit meiner 18- bzw. 10-Stunden-Stelle einen Gebundenen Ganzttag und eine Über-Mittags-Betreuung an zwei Aufbau-Realschulen. Das ist allein vom Stundensatz eigentlich schon lächerlich. Das ist auch von der praktischen Umsetzbarkeit lächerlich, weil ich faktisch gar nicht jeden Tag Kontakt zu allen Kindern haben kann, weil ich an zwei Schulen sein müsste. Ich bin aber gezwungen, das zu machen, weil die einzelnen Stellen nicht ausreichen, meinen Lebensunterhalt zu verdienen. Das würde ich gerne noch in Bezug setzen zu dem Punkt „Pädagogische Resignation“. Die findet statt, die hat schon stattgefunden. Wir machen das ja nicht seit einem halben Jahr, sondern wir machen das schon länger. Und jedes Jahr ist die Entscheidung aufs Neue: Mache ichs noch mal, leiste ich noch mal mehr als ich rauskriege. In diesem Schuljahr haben bei mir in der Einrichtung drei Kollegen ihre Schulen verlassen, ihre Betreuungskinder. Das Betreuungsverhältnis vor Ort, das Verhältnis zur Schulleitung, all das, was schon genannt wurde, musste dann wieder neu begonnen werden.

Das hat dazu geführt, dass Kollegen ganz akut, Hals über Kopf eingearbeitet werden mussten bzw. dass die übrigen Kollegen wieder mit Stunden zugefüttert wurden und hin und her geschoben wurde. Der ganze Zustand ist nicht haltbar. Und ich bin auch der Meinung, dass es keine Alternative zum Gebundenen Ganzttag gibt, aber er kann doch scheitern an der Qualität dessen, was wir gerade machen. Wenn nämlich die Anmeldezahlen zurückgehen, wenn die Eltern und die Kinder merken, dass das, was da geboten wird, nichts ist, dann kommen sie auch nicht mehr.

Publikum (9):

Wir fragen uns immer wieder, wie der Kollege das auch sagte: Können wir überhaupt so weitermachen? Wir werden eigentlich keinem Anspruch gerecht: Wir werden den Eltern nicht gerecht, den Kindern nicht und unseren eigenen Ansprüchen auch nicht. Ich bin völlig überzeugt, Frau Dr. Klein, Jugendhilfe und Schule: ja, und den Ganzttag gemeinsam gestalten, finde ich super. Aber wir kommen nicht umhin, darüber zu reden, dass das eine finanzielle Ausstattung braucht, dass die in ansehbarer Zeit gesichert wird und dass man uns auch ein Ziel geben muss, also meinetwegen sagt, bis dahin fressst ihr Dreck, aber dann kommt auch eine konkrete Perspektive.

Die Stadt Köln will auch sehr viel, die Stadt hat sich auf den Sekundärschule I-Bereich eingelassen und gesagt, wir wollen da mehr tun, aber dazu gibt es viel, viel zu wenig Geld. Das sind für eine Gruppe 8.000.- €, nur mal zum Vergleich: Bei einer Grundschule haben Sie 40.000.- €, und Sie kommen hinten und vorne nicht damit zurecht. Das geht nicht. Auch wenn wir es schaffen, die Schulen gut auszubauen, Sie brauchen auch die Ressourcen, um sie dann auch weiter am Leben zu erhalten. Sie müssen mit den Kindern partizipativ arbeiten, sie müssen sie mitnehmen, dafür müssen Sie den Jugendhilfeträger ausstatten, dafür müssen Sie die Schule ausstatten. Und das hängt mit Geld zusammen. Das kann natürlich nicht die Kommune allein, aber dann müssen wir alle zusammen dafür kämpfen und immer deutlicher machen: Bildung kostet Geld! Wenn wir dieses Land weiter zusammenhalten wollen, wenn wir den jungen Menschen eine Chance geben wollen, muss man da investieren.

Zur Frage: Warum engagieren sich Eltern da nicht? Ich weiß das von der Grundschule, wo mein Sohn ist. Da heißt es dann, ihr habt jetzt für GU keinen Sonderpädagogiklehrer, gibt es gerade nicht. Was haben wir gemacht? Die Schulpflegschaft ist zum Schulverwaltungsamt gelaufen und hat gefragt, warum haben wir seit einem halben Jahr keinen Sonderpädagogiklehrer. „Ja, geht nicht, kommt erst nächstes Jahr, weiß ich nicht ...“ und so. Haben wir gesagt, das kann doch nicht sein. Die Antwort: „Ihrer Schule geht es doch noch viel besser als anderen Schulen, was wollen Sie denn?“ Unsere Schulpflegschaftsvorsitzende hatte ein gutes Standing – das braucht man da auch – und sie hat gesagt, gut, wende ich mich an Ihren Vorgesetzten, und sie hat damit gedroht, ans Ministerium zu schreiben. Zwei Tage später hatten wir den Sonderschulpädagogen. Also: Wenn man Druck macht, kommt man weiter, macht man den nicht, dauert es viel, viel länger!

Zum Zustand der Gebäude: Da ist über Jahre nichts gemacht worden, und jetzt haben wir einen Investitionsstau. Aber wir arbeiten darin, und die Kinder müssen jeden Tag dahin gehen. Das ist grausig. Und wenn ich dann Politiker in so schönen Talkrunden höre, die seit 40 Jahren in der Politik sind und erzählen, „Das ist schlimm, wie es in den Schulen aussieht, da muss man mal was tun“, ich meine, das weiß man schon länger, und ich hab dann nur noch Wut und weiß nicht, wie man daraus was machen soll.

Und dann kommen noch andere Sachen obendrauf: Verwendungsnachweis, „Bildung & Teilhabe“, und ich denke, was wollen die eigentlich alle? Wir sind so gebeutelt, kommen hinten und vorne nicht zurecht und versuchen noch das Beste draus zu machen, und irgendwie sind wir nur die Büttel.

Publikum (10):

Sind die 14 % Mittelerhöhung vom Land in Köln schon an die einzelnen Träger übergeben worden? Und das nächste: Es nervt mich, bei solchen Veranstaltungen immer wieder zu hören, eigentlich wissen wir, wie schlecht es euch geht, aber im Grunde können wir überhaupt nichts machen. Das höre ich jedes Mal, und es nervt. Wenn schon eine solche Veranstaltung stattfindet, dann bitte ich, es ist meine Zeit, ich komme von der Arbeit, und jedes Mal muss ich mir anhören, da passiert nichts, da ist kein Geld da. Wir Fachkräfte aus dem Ganztagsbereich werden regelrecht verheizt für den Lohn eines 1-€-Jobbers und Sie sitzen da auf dem Podium, haben Ihre Gehälter und reden da von Augenhöhe. Das ist etwas, was ich absolut nicht verstehen kann.

Publikum (11):

Mich würde interessieren, welche konkreten Schritte Sie anbieten können, denn wir wussten ja schon, bevor wir hierhin gekommen sind, dass etwas getan werden muss. Wir sind in der Frage aber keinen Schritt weiter gekommen. Und ich habe den Eindruck, dass auch die Dringlichkeit gar nicht so bewusst ist.

Publikum (12):

An meiner Schule läuft es sehr gut, es ist aber auch ein ganz hohes Maß an Idealismus, was die Mitarbeiter einbringen. Welche Stunden werden aufgeschrieben? Welche Stunden am Wochenende werden zum Fensterputzen verbracht? Welche Stunden zum Team werden freiwillig gemacht? Was wird von zu Hause mitgebracht? Z. B. der Staubsauger, weil die Schulen keine Staubsauger im Programm haben. Was stecken wir also rein, und was bekommen wir dafür als Gegenleistung? Und diese Gegenleistung ist eben nicht die Anerkennung.

Ein wichtiger Punkt: Wir arbeiten mit lebenden Menschen, nicht mit Akten, die man z. B. bei Krankheiten, die vorkommen, einfach in den Schrank packt. Wir haben im Moment die Situation, dass wir 4 Personen als Stammpersonal haben und zwei davon krank sind. Die Ressourcen lassen es aber nicht zu, so viele Leute in Reserve zu haben, um mal eben zu springen, denn die Leute müssten ja auch verfügbar sein. Im Moment bekommt man auch sehr schlecht Leute, weil es ja mittlerweile innerhalb Kölns einen eigenen Wettbewerb gibt durch das KiBiz-Gesetz [Gesetz zur frühen Förderung und Bildung von Kindern, unter: http://www.akafoe.de/downloads/KiBiz_Volltext.pdf], dass die Leute einfach direkt zur Stadt gehen, dort eine Ganztagsstelle haben und der Offene Ganztags wieder das Nachsehen hat. Denn was können wir an Stellen bieten? Wir können 19, 20 und in den ganz großen Schulen vielleicht ein paar Stunden mehr bieten für das Personal, das tagtäglich da ist, und ich kann es doch verstehen, wenn von denen einer zu mir kommt und sagt, Du, ich habe eine andere Stelle. Da werde ich mich sogar dafür einsetzen, dass derjenige diese Stelle schon möglichst rasch antreten kann. Denn gerade die jungen Leute können von einer 20-Stunden-Stelle nicht leben.

Noch zum Schluss an Frau Tursun: Die Elternbeteiligung läuft bei uns auch sehr gut, aber das ist Klinkenputzen. Wenn ich am Ende des Schuljahres die Betreuungsverträge bekomme, verbringe ich vier Wochen der Sommerferien damit, die einzelnen Eltern anzufahren. Ich fahre zu jedem Elternteil, weil wir einen sehr hohen Migrationsanteil haben und vor allem einen sehr hohen Sozialschwachenanteil haben. Die verstehen die Verträge nicht, also fahre ich zu den Leuten nach Hause, erkläre die Verträge, fülle die Verträge mit denen aus. Alleine für das BUT saß ich in den letzten drei Wochen – wir haben es jetzt hochgerechnet – 60 Stunden an den Anträgen, habe wieder die Eltern abgefahren und muss jetzt für Nur-Köln-Pass-Inhaber wieder zu den Eltern fahren. Ich kann manchmal verstehen, dass meine eigenen Kinder sagen, ach Mama, ich zieh zum Papa, weil du dann, wenn ich am Wochenende zu dir komme, Zeit für mich haben musst.

Publikum (13):

Noch mal die Frage: Warum kommt das Geld, das vom Land für den Offenen Ganzttag gegeben worden ist, nicht im Offenen Ganzttag an?

Ulrike Heuer:

Zu der Frage: Wie geben wir als Kommune die Informationen weiter. Wir tun das überall, wo Kommunen gefragt sind, sei es beim Städtetag, sei es in die Politik, die da auch an einem Strang zieht. Bloß, ich kann Ihnen da nur kleine Schritte versprechen. Die sind mühevoll. Ich kann auch Ihre Frustration gut verstehen und mag da auch nicht einfach nur aufmunternde Worte sagen, das würde auch der Wertschätzung nicht gerecht, die ich für Ihr Tun empfinde.

Dr. Agnes Klein:

Zum Budget: Das ist zu knapp, das war es von Anfang an. Wir haben immer wieder über die Qualität des Offenen Ganztags diskutiert und gerungen, und deshalb hat es auch in Köln diese weiteren Finanzierungsschritte gegeben. Es ist also nicht so, dass wir das Landesgeld nicht weitergeben. Das wird 1:1 in den Offenen Ganzttag gegeben. Es wird ja auch zweckgebunden vom Land zur Verfügung gestellt. Die frühere Landesregierung hatte überhaupt nichts erhöht. Wir sind von der Stadt Köln aus hingegangen und haben noch einmal zusätzlich unseren freiwilligen Anteil vor 3 Jahren erhöht. Und jetzt kam vom Land die Tarifsteigerung, die wir aber schon vorher in Köln umgesetzt hatten. Sie wissen auch, dass das, was wir freiwillig zugesetzt haben, haben die Träger, die tariflich zahlen, für die tarifliche Zahlung genutzt. Und da haben wir gesagt, wir stecken das Geld jetzt in die Plätze, denn auch die müssen finanziert werden.

Ich glaube zu der Frage, was können wir gemeinsam tun, Frau Heuer hat schon gesagt, dass wir auf allen Ebenen unterwegs sind, um auf Bundes- und vor allem Landesebene deutlich zu machen, dass der Offene Ganzttag auf eine gesetzliche Grundlage gehört, dass wir die Qualitätsdebatte noch mal erneut führen müssen, insbesondere wenn wir über „Augenhöhe“ reden. Wir haben in Köln eine Pro-Platz-Ausstattung – das differiert sehr stark – von 1.700.- € ungefähr pro Kind pro Schuljahr, und das geht hoch bis 7.900.- € wenn es um ein GU-Kind geht, also ein Kind im Gemeinsamen Unterricht. Man sieht, dass wir hier schon deutlich, deutlich mehr haben; der Landesanteil liegt nämlich bei 900.- €. Man sieht also, wie wir das Geld in Köln investiert haben. Deswegen glaube ich, hilft es uns nicht, wenn wir uns gegenseitig darüber unterhalten, ob man den Ganzttag vielleicht nicht mehr so betreiben oder bremsen sollte, sondern wir müssen gemeinsam überlegen, wie kommen wir dahin.

Und Sie hatten die Frage mit dem Bürgerhaushalt gestellt: Natürlich ist der Bürgerhaushalt auch dafür da, dass Bürger formulieren, wo sie denn Geld gut angelegt sehen. Aber noch mal, weil es da auch andere Stimmen gibt, die sagen, 13 Mio. freiwilliger kommunaler Anteil, können wir uns das noch leisten, und wir sagen verwaltungsintern, das müssen wir uns leisten, weil wir weiter in die Systeme investieren müssen. Ich glaube aber, dass es illusorisch ist, zu meinen, die Stadt Köln würde freiwillig noch erhebliche Summen in ihren Anteil stecken. Wir müssen dies auf der Landesebene behandeln. Wir machen das schon, und das ist die richtige Adresse, wo man sagen kann, macht das auf einer gesetzlichen Grundlage und eröffnet die Qualitätsdiskussion im Lande. Ob da unter dem Strich mehr herauskommt, werden wir dann sehen, aber das ist der Adressat, an den wir es richten müssen. Und ich sehe es auch wie Sie: Das Budget ist nach wie vor sehr knapp.

Dr. Joachim Weiner:

Da muss man sich natürlich auch mal ernsthaft überlegen, ob diejenigen, die diese Leistung erbringen, und das ist ja auch enorm viel, dass man eines Tages vielleicht mal mit der Drohung auftritt und die ernst macht: Man stellt die Leistung mal ein. (Applaus) Man darf sich nicht immer nur beschweren, sondern es muss mal überlegt werden, wie die Träger die Bemühungen aus der Kölner Verwaltung aktiv unterstützen können. Und das kann man

eigentlich nur dadurch, dass man die Leistung einfach verweigert und Druck macht. Denn auch die Landesregierung wird sehr erstaunt sein, wenn Sie Ihre Arbeit einstellen. In dem Moment wird es große Probleme geben an den Schulen, der „Laden“ würde komplett zusammenbrechen. Danach hätte man eine bessere Verhandlungsposition. Sie müssten sich also Gedanken machen über Organisationsformen des Protestes. Briefe schreiben, ist ja ganz toll, aber wir wissen, auf Landesebene schlägt das allein nicht durch.

Frank Möller:

Mit diesem Aufruf zum Einmischen und sich verstärkt politisches Gehör zu verschaffen, möchte ich die Veranstaltung schließen. Dank an alle Beteiligten.